


die Notstandsgesetze –, auf die der Assistenten und wissenschaftliche

Zur Person

View metadata, citation and similar papers at core.ac.uk

brought to you by  CORE

provided by Hochschulschriftenserver - Universität Frankfurt am Main

den Bewegung, die Forderung einer außerparlamentarischen Opposition APO, die Gründung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds SDS, die Herausgabe der Frankfurter Hefte, das Abendstudio des Hessischen Rundfunks, die viel gefragte »Theorie«-Reihe des Suhrkamp Verlags und die Wiedereröffnung des Instituts für Sozialforschung sind nur einige Unternehmungen, die diese Zeit charakterisieren. Sie führten fast folgerichtig zur 68er-Bewegung. Als der Funke nach der Ermordung Benno Ohnesorgs 1968 von Berlin nach Frankfurt übersprang, war hier bereits ein breites Feld für ungemein vehemente Reaktionen, Aktionen und Diskussionen vorbereitet.

? Welche Auswirkungen hatte die 1968er-Bewegung auf die weitere Entwicklung der Goethe-Universität und das Verhältnis von Professoren, Studierenden und Mitarbeitern?

Hammerstein: Die Bewegung erfasste damals nicht nur Studenten, sondern auch manche Professoren,

die Forderungen, Segner, Fakultäten und selbst die scheinbar Gleichgültigen die Verhältnisse und Auseinandersetzungen in der Universität. Neben den unterschiedlichsten Demonstrationen beherrschten unheimlich kontroverse Diskussionen über die universitäre, aber auch über die allgemein politische Situation die Szenerie. Satzungsfragen, diverse, höchst umstrittene Rektorenwahlen, Fragen der Mitbestimmung von Extraordinarien und Studenten, Auseinandersetzungen mit Landesregierung und Landtag über neue Hochschulgesetze, die Eingliederung der Hochschule für Erziehung (AfE) und anderes hielten Rektoren, Dekane, Professoren – Senat und Konzil – sowie Großen Rat, Kuratorium und AStA in Atem.

Die scheinbare nachkriegsbedingte Einheitlichkeit der Professorenschaft und ihr Zunftgeist lösten sich zunehmend auf, die inneruniversitären Verhältnisse wurden unübersichtlicher und variabler. Eine vielschichtige und spannende Phase deutscher Universitätspolitik begann, die durch die Novellierung des ersten hessischen Hochschulge-



schichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität, ist ein ausgewiesener Experte für die Geschichte der europäischen Universitäten. Bereits in seiner Habilitation beschäftigte er sich mit der Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten. Er war Vizepräsident der »Commission internationale pour l'Histoire des Universités«, gehört dem Herausgeberkreis eines von der internationalen Rektorenkonferenz inaugurierten Handbuchs zur Geschichte der Universitäten in Europa an, wie auch der in Oxford erscheinenden Zeitschrift »History of Universities«. Den ersten Band zur Geschichte der Goethe-Universität zwischen 1914 und 1950 legte er zum 75. Jubiläum 1989 vor, der zweite Band ist im Manuskript abgeschlossen und erscheint 2010.

setzes im zweiten Gesetzeswerk von 1970 zu einer neu verfassten und umstrukturierten Universität führte. Das Gesetz schuf die Präsidialuniversität, beseitigte die traditionsreiche Fakultätseinteilung zugunsten einer Gliederung in Fachbereiche, politisierte die Universität hin zu vermeintlicher Demokratisierung, schuf neue Gremien und Verwaltungsstrukturen. Das hatte weitreichende Folgen, die teilweise noch bis heute spürbar sind. ◆

Am Wasser mussten arme Frankfurter Bürger nie sparen

Soziales Denken beherrschte die Tarifgestaltung im 19. Jahrhundert

» Unser Schlachtfeld ist nicht dasjenige der Soldaten mit ihren Tausenden von Toten und Verwundeten. Auf unserem Schlachtfeld zählen wir die Tausende vom Tode Geretteter durch die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, die aus unseren Arbeiten hervorgeht. Diese Tausende am Leben Erhaltener bedeuten auch Tausende von Krankheit Bewahrter, besonders der ärmeren Bevölkerung, die Krankheiten am meisten ausgesetzt ist. () so bekommen wir einen Begriff von der Wichtigkeit unserer Arbeit, (...)«^{1/}

Als der Ingenieur William Heerlein Lindley dieses Plädoyer für eine saubere und gesunde Stadt 1906 auf einer Tagung in Warschau vortrug, verfügte er bereits über eine langjährige Erfahrung mit den Kanalisationsarbeiten in Frankfurt am Main. Begonnen hatte diese Arbeiten sein Vater William Lindley. Der englische Eisenbahningenieur hatte sich beim Bau der Kanalisation in Hamburg, der ersten nach englischem Vorbild, einen Namen gemacht und trug in der Folge zur Modernisierung zahlreicher europäischer Städte bei.



von Anna Leiss

1 William Heerlein Lindley (1853–1917) übernahm schon als 20-Jähriger während der längeren Abwesenheiten seines Vaters die Bauleitung bei der Frankfurter Kanalisation – zunächst ohne die Zustimmung der Stadtväter.

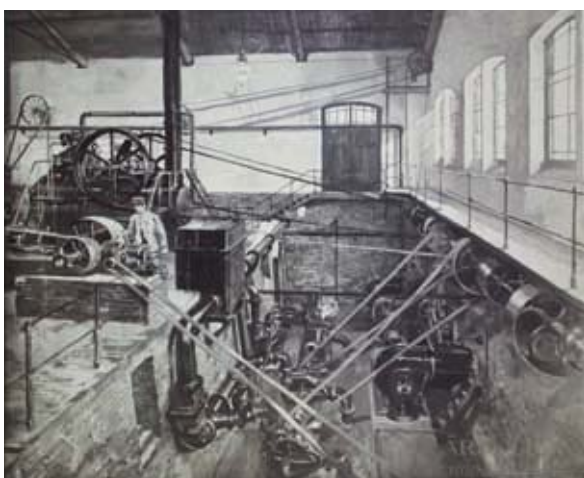
Während Vater Lindley Kanalisations- und Wasserprojekte in ganz Europa leitete, wurde William Heerlein Lindley in England erzogen und unterrichtet. Als Sechzehnjähriger immatrikulierte er sich bereits an der Universität in London. Nach nur einem Jahr verließ er jedoch ohne Abschluss die Hochschule, um seinem Vater nach Bu-



2 Grundwasserleitung: Eine gute Wasserversorgung ließen sich die Frankfurter Bürger gern etwas kosten. Neben dem aufwendigen Bau einer Quellwasserleitung, die Wasser aus dem Vogelsberg lieferte, bohrte die Stadt auch nach Grundwasser im Stadtwald. Bedürftige Bürger erhielten das Wasser zu einem reduzierten Preis oder wurden kostenlos beliefert.

dapest zu folgen, wo dieser ein Wasserwerk errichten sollte. Dabei sammelte William Heerlein Lindley seine ersten praktischen Erfahrungen als Ingenieur. Sein Vater schätzte ihn sehr, er erkannte sein Talent und vertraute ihm sogar den Posten des stellvertretenden Bauleiters an.

Gleichzeitig leitete der Vater in Frankfurt am Main den Bau der Schwemmkanalisation. Als 1873 der Stellvertreter William Lindleys in Frankfurt aus dem Dienst ausschied, holte der Vater seinen inzwischen 20-jährigen Sohn, damit dieser die vakante Stelle ausfülle. Die Stadt Frankfurt lehnte den blutjungen Mann ohne akademischen Titel zunächst als Stellvertre-



3 Maschinenraum: Über drei Jahrzehnte leitete die Stadt Frankfurt ihre Abwässer ungeklärt in den Main, weil sie die damals üblichen Rieselfelder, auf denen die Abwässer landwirtschaftlich verwertet wurden, nicht anlegen wollte. Von 1883–1887 baute die Stadt dann das erste europäische Klärwerk in Niederrad, dessen Maschinenraum auf dem Bild zu sehen ist.

ter ab. Selbst das Angebot des Vaters, der Sohn könne unentgeltlich arbeiten, ließ die Stadtväter ihre Meinung nicht ändern. Da William Lindley neben seiner Tätigkeit in Frankfurt viele weitere Bauaufträge europaweit annahm, war er oft wochenlang abwesend. In dieser Zeit übernahm sein Sohn auch ohne Einverständnis der Stadt die Bauleitung und bewies sein technisches Geschick. 1875 revidierte die Stadtregierung schließlich ihre Meinung und ernannte den jungen Lindley zum Assistenten im städtischen Kanalbüro. Nur drei Jahre später trat er auch offiziell die Nachfolge seines Vaters an. 1882 legte die Stadt das Wasseramt, das Kanalbüro und das städtische Ingenieurbüro zusammen und schuf das Tiefbauamt. William Heerlein

ung verbessern. In Frankfurt am Main stieß er dabei auf offene Ohren. Die Sorge um das Gemeinwohl nahm in Denken und Handeln der Frankfurter Stadtregierung eine wichtige Stellung ein. Obwohl die Stadt in einer liberalen Tradition regiert wurde, sahen die Stadtväter kein Problem darin, die Wasserver- und -entsorgung in städtischer Hand zu führen. Das Eingreifen der öffentlichen Hand in den städtischen Wirtschaftsraum nannte man gegen Ende des 19. Jahrhunderts Munizipalsozialismus. Er stellt eine Art lokales Pendant zum Staatssozialismus dar.^{13/}^{14/} Insbesondere bei der Tarifgestaltung orientierten sich die Frankfurter Liberalen an sozialen Denkweisen. Die Stadtväter verzichteten jahrelang auf die Einführung von



4 Düker-Rote-Hamm: Über Abwasserleitungen, Düker genannt, gelangte das Abwasser von hibdebach nach dribdebach. Stadtbaurat William Heerlein Lindley (Dritter von links) überwachte 1884 persönlich die Versenkung der Düker im Main.

Lindley setzte sie als ersten Dezerenten an die Spitze der neuen Behörde. Dass die Entscheidung, einem Jungpund solche Verantwortung zu geben, die richtige war, zeigen die zahlreichen Errungenschaften, die Frankfurt William Heerlein Lindley verdankt.^{11/}^{12/}

Das waren neben der Kanalisation und Wasserversorgung aus dem Stadtwald auch Hafenanlagen für den Westhafen und das erste Elektrizitätswerk, um nur die Wichtigsten zu nennen.

Sauberes Wasser für alle

Neben den technischen Errungenschaften wollte der Ingenieur vor allem die hygienischen Verhältnisse und damit die Gesundheit der weniger bemittelten Bevölke-

Wasseruhren, während in anderen deutschen Städten diese Abrechnungsform schon längst gang und gäbe war. Bis 1924 gab es einen Pauschaltarif, der im Frankfurter Stadtgebiet zunächst bei 4 Prozent des Mietwertes lag. Dies gewährleistete, dass Konsumenten unabhängig von ihrer sozialen Stellung nicht nur eine ausreichende Wassermenge für hygienische Zwecke zur Verfügung hatten, sondern Wasser auch nach den persönlichen Bedürfnissen verbrauchen konnten. Lediglich bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben mit großen Verbrauchsmengen wurde der Wasserpreis schon vor der flächendeckenden Einführung der Wasseruhren anhand von Messgeräten errechnet.

Immer wieder war der Wassertarif in Frankfurt Gegenstand von Debatten. Hauptsächlich stritten sich Parlament und Magistrat um die Einführung von Wasseruhren und die Staffelung des Pauschalтарифes. Der Magistrat hatte schon 1883 eine Revision der bestehenden Gebrauchsordnung gefordert. 1875 hatte die Stadt die in finanzielle Not geratene Quellwasserleitung AG übernommen. Der Betrieb der Leitung erwies sich als rentabel, und so hielt der Magistrat eine Ermäßigung für Bedürftige für möglich. Die Stadtverordnetenversammlung ging einen Schritt weiter und forderte eine Befreiungsgrenze für Arme; außerdem solle das Wassergeld nur die Kosten der Wasserversorgung decken, nicht aber Gewinne abwerfen. Dieser Gedanke ist erst sechs Jahre später wieder aufgegriffen worden. Am 1. April 1889 trat schließlich ein neues Ortsstatut in Kraft. Fortan konnten alle Mieter, die einen jährlichen Mietwert bis 250 Mark hatten, von der Zahlung von Wassergeld befreit werden. 1904 modifizierte die Stadt den Wassertarif und ermäßigte das Wassergeld für Wohnungen mit einem jährlichen Mietwert von 251 bis 300 Mark auf 3 Prozent statt der herkömmlichen 4. Der 1888 polizeilich verordnete Anschlusszwang bewirkte die schnelle Ausdehnung des Netzes auf alle Haushalte. Die Befürworter der sozialen Tarifpolitik erreichten eine kostengünstige beziehungsweise kostenlose Bereitstellung von einwandfreiem Trinkwasser auch für minderbemittelte Personenkreise.¹⁵¹

Wie günstig das Wasser in Frankfurt war, verdeutlicht ein Vergleich mit anderen deutschen Städten. Um 1880 verbrauchten die Frankfurter im Durchschnitt 125 Liter pro Tag und Kopf, in Berlin hätte ein Frankfurter hierfür im Jahr circa 14 Mark Wasserzins zahlen müssen und in der Nachbarstadt Darmstadt circa 10 Mark.^{161 171} In der gleichen Preisklasse konnte ein Frankfurter für sich und seine Familie frei Wasser beziehen, wenn er in einer Wohnung mit einem Mietwert von unter 250 Mark wohnte. Günstige Wohnungen gab es zwar in Frankfurt um 1889 nicht viele, aber es wurden gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften gegründet, um diesen Missstand zu beheben. Diese Gesellschaften boten Arbeiterfamilien 2- bis 3-Zimmer-Wohnungen zu erschwinglichen Preisen von 15 bis 26 Mark monatlicher Miete an. Laut Magistratsakten erhielten zehn Jahre nach Einführung der Befreiungsgrenze 8002 von insgesamt 46 701 mit Wasser belieferten Wohnungen eine Wassergeldbefreiung.¹⁸¹

Die Diskussionen über einen angemessenen Wasserpreis sind in Frankfurt bis heute nicht abgebrochen. 2007 strengte das hessische Wirtschaftsministerium ein Kartellverfahren gegen den Frankfurter Wasseranbieter Mainova wegen missbräuchlich hoher Wasserpreise an. Das Gerichtsurteil ist bis heute nicht gefällt. Anders sieht es bei der Frankfurter Stadtentwässerung aus: Die Satzung des städtischen Eigenbetriebes verlangt noch heute

Stadtteilhistoriker

Die 25 Stadtteilhistoriker sind Frankfurter Bürger, die sich ehrenamtlich ein Jahr lang mit selbst gewählten Themen der Frankfurter Stadt- und Stadtteilgeschichte befassen. Das Format, in dem sie ihre Untersuchungsergebnisse präsentieren, ist freigestellt (zum Beispiel Aufsatz, Ausstellung, Film). Die Stadtteilhistoriker werden mit einem Förderbetrag durch die Stiftung Polytechnische Gesellschaft unterstützt, die Gerda Henkel Stiftung richtet zwei Werkstatt-Treffen zur fachlichen Qualifizierung aus, und die Frankfurter Neue Presse ist Medienpartner des Projekts.



moderate Preise für die Benutzung der Kanalisation.

Kanalgebühren erst ab 1904

Als 1894 die Stadtverordneten erstmals über eine Benutzungsgebühr für die Kanalisation sprachen, argumentierten einzelne städtische Vertreter, dass eine Gebühr nur einzuführen sei, wenn der Kanalbetrieb ein Haushaltsdefizit aufweise. Ein Fünftel des städtischen Haushaltes floss damals jährlich in den Kanalbau. Die Ausgaben der neuen Städtetechnik belasteten den Haushalt so stark, dass Frankfurt Kredite aufnehmen musste. 1904 ließ sich aufgrund dieser Kosten eine Einführung nicht mehr vermeiden. Um auch diese Gebühren sozial verträglich zu gestalten, staffelte sich der Betrag ähnlich dem Wasserpreis und orientierte sich ebenso am Mietwert der Immobilie. Bewohner mit

Literatur

- ^{11/1} Zitat nach einer Rede von William Heerlein Lindley, die er auf einer Feier in Warschau 1906 vorgetragen hat. Nachlass William Heerlein Lindley, Institut für Stadtgeschichte, Signatur: S1 – 186.
- ^{12/1} Lerner, Franz *William Heerlein Lindley (1853–1917). Umriß seines Lebens*. In: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst*
- Heft 49, Frankfurt am Main 1965, S. 123–133.
- ^{13/1} Roth, Ralf *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914* (Stadt und Bürgertum, Band 7), München 1996.
- ^{14/1} Krabbe, Wolfgang *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert.*
- Eine Einführung* des Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, Band 2), Stuttgart 2005.
- ^{15/1} *Die Gebrauchsordnung und Wassergeldtarif der Frankfurter Quellwasserleitung zu Frankfurt am Main, 1876* Institut für Stadtgeschichte, Signatur: S 3/Q 8247.
- ^{16/1} Mohajeri, Shahrooz *100 Jahre Berliner Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 1840–1940* (Schriftenreihe
- des Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, Band 2), Stuttgart 2005.
- ^{17/1} Stippak, Marcus *Wasserversorgung und Kanalisation in Darmstadt 1870–1914. Diskussion, Einführung, Entwicklung* (Darmstädter Schriften, Band 90), Darmstadt 2007.
- ^{18/1} Magistrat *Acten des Magistrats der Stadt Frankfurt am*
- Main, Wassergeld 1894–1913* Band 3, Institut für Stadtgeschichte, Signatur: T 1916.
- ^{19/1} Münch, Peter *Stadthygiene im 19. und 20. Jahrhundert. Die Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung unter besonderer Berücksichtigung Münchens* (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wis-
- senschaften, Band 49), Göttingen 1993.
- ^{110/1} Bauer, Thomas, *Im Bauch der Stadt. Kanalisation und Hygiene in Frankfurt am Main 16.–19. Jahrhundert* (Studien zur Frankfurter Geschichte, Band 41), Frankfurt am Main 1998.

einem jährlichen Mietzins von weniger als 300 Mark blieben sogar von der Gebühr befreit. Bis 400 Mark Miete betrug die Gebühr 12 Pfennig für jeweils 25 Mark Miete. Lag die jährliche Miete über 400 Mark, erhöhte sich die Gebühr auf 25 Pfennig.

Im Vergleich zu anderen deutschen Städten zeigen sich deutliche Unterschiede. In München lag die Gebühr bei 0,6 Prozent des Mietwertes, was 60 Pfennig auf 100 Mark Miete entsprach und demnach deutlich über den Frankfurter Verhältnissen lag. In Berlin wurde die Kanalgebühr nach dem Ertrag des Hausbesitzers festgelegt und lag bei 1,5 Prozent der Mieteinnahmen. Bei Mieteinnahmen von 100 Mark musste ein Berliner Vermieter 1,50 Mark Kanalnutzungsbeitrag zahlen. Da die Nutzungsgebühren letztendlich auf die Mieter zurückfielen, zeigt die späte Ein-

führung der Gebühren in Frankfurt deutlich, dass die Stadtverwaltung Vermieter und Mieter nicht zusätzlich belasten wollte.^{161/191/1101}

Erst 1904, als die Kosten des Kanalbaus und die Betriebskosten das städtische Budget stark belasteten, sahen sich die städtischen Vertreter gezwungen, die Verbraucher zusätzlich in Anspruch zu nehmen. Nichtsdestotrotz blieb die Stadthygiene ein Zuschussbetrieb. Die Weigerung, Kosten für die Kanalisation zu übernehmen, liegt sicherlich zum einen im Eigeninteresse der Stadtverordneten, die größtenteils selbst Hauseigentümer waren. Die Einführung einer Befreiungsgrenze zeigt allerdings, dass auch soziale Gesichtspunkte bei der Gebührenerhebung eine wichtige Rolle spielten. Die städtische Tarifpolitik ist daher ein Indiz für die municipalsozialistische Ausrichtung in Frankfurt. Es ist letztend-

lich bürgerlichen Persönlichkeiten wie William Heerlein Lindley zu verdanken, dass Frankfurt einen sozialen Weg in die Moderne gewählt hat. ◆

Die Autorin

Anna Leiss, 27, hat an der Goethe-Universität bis 2009 Mittlere und Neuere Geschichte und Politologie studiert. Seit Juni 2007 ist sie im Universitätsarchiv tätig. Im Oktober 2008 wählte die Stiftung Polytechnische Gesellschaft sie für das Projekt »Stadtteilhistoriker« aus und förderte ihre Forschungen zum Thema »Soziale Tarife der Wasserver- und -entsorgung in Frankfurt am Main«. Aktuell arbeitet sie an ihrer Dissertation »Municipalsozialismus in Frankfurt? Das Entstehen der städtischen Leistungsverwaltung«, die von Prof. Andreas Fahrmeir, Professur für Neuere Geschichte (Schwerpunkt 19. Jahrhundert), betreut wird.

leiss@ltg.uni-frankfurt.de

Ehre, wem Ehre gebührt

Ein Erinnerung an Ehrenbürger und Ehrensensoren



Die erste Ehrensensorenin der Goethe-Universität: Renate von Metzler, 2005. Es gratulierte Universitätspräsident Prof. Dr. Rudolf Steinberg.

siviert und so an die Tradition des Mäzenatentums der frühen Jahre anknüpft.

Diese akademischen Würden wurden in Deutschland kreierte. Entscheidend war dafür die Initiative des Prorektors der Universität Halle, Prof. Dr. Wilhelm Lütgert, bei der siebten außeramtlichen deutschen Rektorenkonferenz im Juni 1919 in Halle an der Saale. Unter dem Tagesordnungspunkt »Einführung eines Ehrenbürgerbriefes neben dem Ehrendoktorat« heißt es: »Lütgert ... schlägt für solche Männer oder Frauen, die sich in anderer als rein wissenschaftlicher Weise um die Universitäten verdient gemacht haben, insbesondere durch bedeutendere materielle Zuwendungen, die Erteilung eines von der gesamten Universität, nicht den einzelnen Fakultäten ausgehenden Ehrenbürgerbriefes vor, der etwa mit Eh-

renplätzen bei Festlichkeiten, Einreihung in die Personalverzeichnisse an bevorzugter Stelle usw. verbunden werden könne.« Diese ergänzende Ehrung sollte die Kritik an einer akademischen Auszeichnung für nichtwissenschaftliche Leistungen verringern, wie es sie an manchen Ehrenpromotionen gab. Es wurde diese Würde sehr wahrscheinlich erstmals am 2. August 1919 zur 100-Jahr-Feier der Universität Bonn verliehen, und zwar an acht Männer und an eine Frau.

Finanzielle Not und die Einführung neuer Ehren

Die Einführung dieser neuen Ehre ist im Umfeld der Gründungen von Vereinigungen der Freunde und Förderer an Universitäten seit den letzten Kriegsjahren und vor dem Hintergrund der finanziellen Not nach dem Ersten Weltkrieg zu sehen. Eine pragmatische Sicht beim Einsatz von Anerkennungen als »Mittel und Wege zur Förderung der Wissenschaft« zeigte 1931 der Frankfurter Rektor Bernhard

von Gunter Stemmler

Titel und Würden gewähren psychosoziale Einblicke. Für solche Forschungen kann die Universität selbst zum Objekt werden. Ehrenbürger oder Ehrensensoren rücken an der Goethe-Universität vermehrt ins Licht der Öffentlichkeit, da sie seit Anfang 2008 als Stiftungsuniversität die Verbindung zu den Frankfurter Bürgern inten-